

**Zeitschrift:** Der neue schweizerische Republikaner  
**Herausgeber:** Escher; Usteri  
**Band:** 3 (1800-1801)  
  
**Rubrik:** Gesetzgebender Rath

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 08.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Freitag, den 9 Jan. 1801.

Drittes Quartal.

Den 19 Nivose IX.

## Gesetzgebender Rath, 15. Dec.

(Fortsetzung.)

(Beschluss des Berichts der Constit. Commission über das  
Besinden des Vollz. Rathes, betreffend den Gesetz-  
vorschlag über die Entlassungen.)

Wir rathen Ihnen also an, B. G., den Gesetzworschlag  
in Rücksicht der richterlichen Gewalt ungeändert zu  
lassen. Wenn uns die Erfahrung zeigen sollte, daß  
die darin enthaltenen Maßregeln zu Verbesserung der  
Gerichte unhinlänglich sind, so bleiben noch andere  
und zweckmäßigere Mittel übrig als die sind, auf die  
der Vollz. Rath anträgt; Mittel, zu deren Vorbera-  
thung Sie allensfalls Ihre vereinten Constitutions- und  
Justizcommissionen beauftragen können.

Der Vollz. Rath glaubt endlich B. G., es sey bey  
der Wiederersekungsart, die der Gesetzworschlag be-  
stimmt, der Fall nicht bedacht worden, wo eine Be-  
hörde insgesamt oder wenigstens die Majorität der  
Mitglieder ersetzt werden muß, und daher kein Vorschlag  
zur Wiederernennung, von ihr eingegeben werden kann.  
Allein diese Bemerkung scheint Ihrer Commission ganz  
irrig zu seyn. Einer Behörde insgesamt und auf ein-  
mal, kann vermöge des zu gebenden Gesetzes unmöglich  
freywillige Entlassung gestattet werden: dieß würde  
offenbar den öffentlichen Dienst gefährden. In den sel-  
tenen Fällen aber, wo der Majorität einer Behörde Ent-  
lassungsbegehren abgenommen werden, da ist nicht ab-  
zusehen, warum die Minorität, wenn sie auch aus 2  
oder überall nur aus einem Mitglied bestehen sollte,  
nicht neben dem Statthalter, und eben so gut wie dieser,  
den ihr zukommenden gesetzlichen Vorschlag machen könnte.

In Folge dieser Betrachtungen rath Ihnen Ihre  
Commission, den Gesetzworschlag auf folgende Weise  
abgeändert, zum Gesetz zu erheben.

Der Gesetzworschlag wird hierauf in neue Berathung  
genommen und in folgender Abfassung zum Gesetz er-  
hoben. (S. daß Gesetz S. 855.)

Das Befinden der Vollziehung über diesen Ge-  
genstand war folgendes:

B. Gesetzgeber! Je lebhafter der Vollz. Rath von  
der Nothwendigkeit überzeugt ist, in der Zusammenset-  
zung der Cantonsverwaltungen und Gerichtshöfe Abän-  
derungen vorzunehmen, desto willkommener mußte ihm  
Ihrer Gesetzworschlag vom 27. Winterm. seyn, theils  
weil ihm derselbe hiezu einige Mittel an die Hand giebt,  
und theils weil er ihm die Gelegenheit verschafft, an-  
dere, ohne welche die erstern unzulänglich seyn würden,  
von Euch zu verlangen.

Es kann Euch nicht unbekannt seyn, B. G., wel-  
chen Antheil die verkehrten Volkswahlen der 2 ersten  
Revolutionsjahre an den gegenwärtigen Uebeln unsers  
Vaterlands haben. Bey dem Umsturz der ehemaligen  
so verschiedenartigen Verfassungen, hätte es nicht we-  
niger als der Zusammenwirkung der einsichtsvollsten,  
rechtschaffensten und erfahrensten Männer der Nation  
bedurft, um den Klippen eines raschen und erschütternden  
Uebergangs zu einer neuen Ordnung auszuweichen,  
und so viel es der Druck der äußern Verhältnisse ge-  
stattete, eine unsern Bedürfnissen angemessene, und mit  
sich selbst übereinstimmende Staatsverfassung zu grün-  
den. Statt dessen wurden die Beamten, denen die  
schwere Aufgabe oblag, von einem mit allen Erfoder-  
nissen ihrer Stellen unbekannten Volke, unter dem Schre-  
ken der Bajonette und dem mächtigen Einfluß des Pa-  
rthengeistes, gewählt, und zwar so, daß man sich eher  
in eine Beute zu theilen, als Aemter, an deren Füh-  
rung der ganze Erfolg dieser Staatsveränderung hieng,  
zu vergeben schien. Und beynahe noch weniger befrie-  
digend als die ersten Versuche, sind die Wahlen des

zweiten Jahres ausgefallen. Kein Wunder also, wenn Unerfahrenheit und Unkunde überall den Gang der öffentlichen Geschäfte hemmen, und der Mangel von Organisation, statt durch die Geübtheit der Werkzeuge einigermaßen ersetzt zu werden, vielmehr durch ihre Unbehüllichkeit doppelt fühlbar wird; wenn die wichtigen Einrichtungen der Verwaltungskammern beynahe durchgehends auf einem oder zwey Mitgliedern beruhen, die unter ihren vergeblichen Anstrengungen erliegen müssen; wenn wegen der Unfähigkeit der Richter, die Civilproceße überall vervielfacht sind, und eine verwinkelte Gestalt annehmen, die Gefängnisse von Verhafteten strotzen, und keine korrektionele Justiz, der einzige Zügel für den angehenden Verbrecher im Lande, mehr ausgeübt wird; und wenn endlich diese Beamten weder das Zutrauen noch die Achtung des Volks besitzen, obgleich sie das Werk seiner Hände sind, und vielleicht gerade auch darum, weil sie es sind. In diesem Zustande hat der Volkz. Rath beim Antritt seiner Einrichtungen, die öffentliche Administration angetroffen, und seither täglich lebhafter gefühlt, wie seine Wirksamkeit in ihren wesentlichsten Gegenständen durch denselben gelähmt wird. Wenn er Euch bis dahin keine Mittel zu dessen Verbesserung vorschlug, so unterließ er es lediglich aus der Ueberzeugung, daß halbe Maßregeln hier nicht zureichen würden, und in der Hoffnung, durch eine bald einzuführende neue Verfassung, dem Uebel von Grunde aus geholfen zu sehen. Indessen scheint dieser Zeitpunkt wieder weniger nahe, als er noch vor kurzem geglaubt ward, während dem hingegen das Bedürfnis einer besseren Zusammensetzung der konstituirten Behörden, mit jedem Tage dringender wird. Der Volkz. Rath hält es daher für seine Pflicht, sich über jede Bedenklichkeit hinwegzusetzen, und mit Euch Bürger Gesetzgeber, freymüthig zu untersuchen, in wie weit die vorgeschlagenen Maßregeln zu diesem Endzweck führen. — Es ist wohl hin und wieder der Fall, daß ein redlicher Beamter sich nicht an seiner Stelle fühlt, und dem Vaterlande keinen bessern Dienst zu leisten glaubt, als wenn er derselben, um einem Fähigern Platz zu machen, entsagte. Eben so giebt es Lagen, durch die ein im Amte stehender Mann, in eine Collision von Pflichten gerath, bey der es eben so ungerecht als vorgeblich seyn würde, ihn durch Zwangsgesetze in Wirksamkeit behalten zu wollen, und die er bey der Uebnahme seiner Stelle nicht voraussehen konnte. Für beyde Fälle, aber auch nur für diese, scheint die Befugnis freywillige Entlassungen zu gestatten, ein wirkliches Be-

dürfnis zu seyn. Hingegen wird die weitaus größere Anzahl der unfähigen Beamten, nie zu jenem Gefühl des eigenen Unvermögens erwachen; Selbstzuversicht ist die gewöhnliche Begleiterin des Unverstands und der Beschränktheit; den einen hält ein kleinlicher Ehrgeiz und der Wunsch, Einfluß zu haben, den andern Eigennuz, an seiner Stelle zurück, und je weniger in den gegenwärtigen Zeitumständen ein öffentliches Amt dazu gemacht zu seyn scheint, um solche Leidenschaften zu befriedigen; desto mehr sind die von ihnen hergenommenen Beweggründe zu fürchten. Auf der andern Seite ist mit Gewißheit zu erwarten, daß sogleich nach der Erscheinung des vorliegenden Gesetzes, die kleine Anzahl fähiger Beamter, die nur aus Zwangspflicht bis jetzt an ihren Stellen anharrten, der undankbaren Arbeit müde, auf Entlassung dringen wird. Beyden, sowohl dem Bleiben der erstern, als dem Abtreten der letztern, muß durch besondere Verfügungen des Gesetzes, vorgebogen werden, wenn es anders seinen Hauptzweck erfüllen, und nicht vielmehr die Lage, in der wir uns in Beziehung auf den öffentlichen Geschäftsgang befinden, verschlimmern, oder denselben gar noch auflösen soll.

Zwar hat die vollziehende Gewalt von der Constitution selbst das Recht empfangen, die Verwaltungskammern und Gerichtshöfe, wann sie außer dem Weg ihrer Pflicht angetroffen werden, zu entsetzen. Allein dieses Mittel ist gerade, weil es zu viel einräumt, nur wenig anwendbar, indem es weder gegen solche Beamten, denen kein anderer Vorwurf als der der Unfähigkeit, gemacht werden kann, und die bey ihrer übrigen Rechtllichkeit keine Entsetzung verdienen, noch gegen diejenigen Behörden, wo nur die Minorität entfernt werden soll, sich gebrauchen läßt. Der Volkz. Rath wünscht daher, durch einen Zusatzartikel des Gesetzes, ermächtigt zu werden, so oft es das Wohl des öffentlichen Dienstes erheischen mag, einzelnen Beamten, auch wenn sie es nicht verlangen, die Entlassung zu ertheilen, oder dieselben zu verabschieden, und zweifelt keineswegs, da er sich wirklich im Besitze der größeren Vollmacht befindet, daß Ihr, Bürger Gesetzgeber, ihm auch die geringere als eine Modifikation der ersten zugestehen werdet.

Einen zweyten Zusatz scheint das oben dargelegte Besorgnis, daß das Gesetz den Austritt gerade der fähigsten Männer, und mit ihnen die Auflösung der konstituirten Behörden zur Folge haben dürfte, eben so nothwendig zu machen. Zwar wird durch dasselbe, indem es nur den Fall der Ausnahme bestimmt, die



Verpflichtung des Gesetzes vom 18. Aug. 1800, im Allgemeinen beygehalten, und hienit den nicht entlassenen Beamten das willkürliche Zurückziehen von ihren Stellen, obgleich nur stillschweigend, untersagt. Indessen möchte es nicht unzweckmäßig seyn, diese Zwangspflicht ausdrücklich in Erinnerung zu bringen, und um sich der Unterwerfung zu versichern, eine Strafbestimmung gegen die Widerhandelnden beizufügen, die am schicklichsten in einer 4 bis 5jährigen Suspension der Stimm- und Wahlfähigkeit zu öffentlichen Aemtern, bestehen würde. Wenn schon der Vollz. Rath einige, und freylich nicht ganz grundlose Einwendungen gegen diesen Vorschlag voraussetzt, so glaubt er dennoch, zu demselben hinlänglich befugt zu seyn, da Anfangs die Stellen, um deren Beybehaltung es zu thun ist, für ihre ganze verfassungsmäßige Dauer, freywillig angenommen, vielleicht gar gesucht worden sind, und es die Schuld derer ist, die sie bekleiden, wann sie sich etwa in ihren Erwartungen betrogen haben. — Zuletzt ist noch über die Art der Wiederbesetzung von erledigten Stellen zu bemerken, daß der Fall nicht bedacht worden, wo eine Behörde insgesammt oder wenigstens die Majorität der Mitglieder ersetzt werden muß, und daher kein Vorschlag zur Wiederernennung von ihr eingegeben werden kann; eine Lücke, die ebenfalls ausgefüllt zu werden bedarf.

Folgende Botschaft wird verlesen, und an die Polizeicommission gewiesen:

B. Gesetzgeber! Schon in der letztverfassenen Ostermesse wurde dem gesetzgebenden Corps von verschiedenen helvetischen Kaufleuten die Klage vorgelegt, daß ihnen von Seite der Kaufhausverwaltung von Bern, zu Handen der dasigen Gemeindskammer der sogenannte Pfundzoll mit Einem und zwey Drittel vom Hundert von ihrer Losung, abgefordert wurde, welche Forderung sie den bestehenden Gesetzen über Handels- und Gewerbsfreyheit, zuwider fanden. Diese nemliche Klage wird von den Bürgern Moser von Herzogenbuchsee, Frey von Frau, und andern helvetischen Kaufleuten, wiederholt, von welchen ebenfalls jener Pfundzoll mit Einem und einem Drittel ihrer ganzen Losung, unter der Drohung begehrt wurde, daß im Weigerungsfall, ihre Waaren mit Arrest belegt werden sollen. Dadurch glauben sich die gedachten Bürger in ihren Rechten gekränkt, und bitten um Unterstützung durch die Kraft des bestehenden Gesetzes.

Der Vollz. Rath übersendet Ihnen B. G., die Ab-

schrift dieser Petition, und ladet Sie ein, über den zum zweytenmale vorgelegten Gegenstand, mit Beschleunigung zu entscheiden.

Die abgehenden Secretärs erstatten ihren Bericht, über den Zustand der Canzley vom verflossenen Monat.

Die Civilgesetzgebungscommission trägt folgende Botschaft an den Vollziehungsrath an, welche angenommen wird:

B. Vollz. Räte! Wir übersenden Ihnen hier die Bittschrift des Cantonsgerichts Oberland vom 17ten Okt. 1800, worinn dasselbe begehrt für seinen Weibel eine Entschädniß wegen seinen bisherigen Verrichtungen zu bestimmen. Da es uns unbekannt ist, ob Sie B. Vollz. Räte, nicht eine allgemeine frühere Verfügung über derley Entschädnisse getroffen haben möchten, so fügen wir dieser Bittschrift die Einladung bey, darüber das nöthige zu verordnen, oder aber uns deswegen ihre Vorschläge zu eröffnen.

Die gleiche Commission erstattet einen Bericht, über ein Prozeß-Revisionsbegehren des B. Zellweger von Trogen, der für 3 Tage auf den Canzleytisch gelegt wird.

Folgende Botschaft wird verlesen und die Berathung einweilen vertaget:

B. G. Infolge einer an Sie gerichteten Vorstellung der Stadtgemeinde Arberg, Cant. Bern, vom 24. Wintermonat, worin sie sich über erlittenes Unrecht durch Verlust ihres Ohmgeldes beklagt und um Entscheid über eine widersprechende Erläuterung der beyden Minister des Innern und der Finanzen in Betreff dieses Ohmgeldes bittet, haben Sie den Vollziehungsrath eingeladen, über diesen vorgeblichen Widerspruch der beyden Minister, die nöthige Auskunft zu ertheilen; welcher Einladung der Vollziehungsrath heute zu entsprechen die Ehre hat.

Zu keiner Zeit hat der Minister des Innern an die Stadtgemeinde Arberg ein eigenes Rescript in Betreff des Ohmgeldes ergehen lassen. Seine desfallsigen Schritte beschränkten sich auf die bloße Weisung an die Verwaltungskammer von Bern, daß nach einem Entscheide der Regierung, das Ohmgeld überhaupt nicht mehr als ein Gemeindseigenthum angesehen werden könne, daß aber die Gemeindeversammlungen befugt seyen, ein eigenes Ohmgeld zur Bestreitung von Gemeindskosten zu erheben, welches dann unabhängig von der durch

den Staat zu beziehenden Getränkesteuer und den Gemeinden zu gedachtem Zwecke zu überlassen wäre. Diese Weisung, welche nach ihrem ganzen Inhalte mit dem erwähnten Schreiben des Finanzministers, der das Ohmgeld in Arberg oder die gesetzliche Getränkesteuer zu Händen der Nation erhoben wissen will, vollkommen übereinstimmt und welche auch in einem ähnlichen Falle der Gemeinde Baden gegeben wurde, wie Ihnen der Vollz. Rath in einer Botschaft vom 21. Nov. berichtete, ist wahrscheinlich von der Verwaltungskammer von Bern der Stadtgemeinde Arberg zu ihrem Verhalten mitgetheilt worden und hätte zu keinem Mißverständnisse Anlaß geben sollen, da einer von den Ministern von dem neu zu errichtenden und der andere von dem vormaligen Ohmgelde sprach, das jetzt als Getränkesteuer für den Staat erhoben, von der Gemeinde Arberg aber als Eigenthum angesprochen wird.

Aus dieser Darstellung werden Sie B. G. ersehen, daß kein Widerspruch in den Erklärungen und Weisungen der beyden Minister liegt.

(Die Forts. folgt.)

## Kleine Schriften.

Considérations sur l'établissement d'une caisse d'amortissement pour la liquidation des droitures féodales. 8. Berne 1800. S. 24.

Nachdem man — sagt der Vf. — den Zirkel revolutionärer Verirrungen in Rücksicht auf die Feodalrechte durchlaufen, kommt man auf das zurück, was die Grundsätze der Gerechtigkeit fordern. Da der gesetzgebende Rath die Aufhebung der Personalfeodalrechte ohne Entschädigung, bestätigt hat, so ist es wichtig, diese genau zu bestimmen und keiner willkürlichen Ausdehnung derselben Raum zu geben: die Finanzcommission wird ohne Zweifel diese Bestimmung zu geben nicht versäumen. — Der Ehrschatz gehört unter die bedeutendsten Realfeodalrechte. . . Indem die Regierung ihn allgemein machte und als Handänderung unter den Staatsabgaben aufstellte, übernahm sie die Pflicht, die Partikulareigenthümer desselben zu entschädigen. Der Vf. schlägt vor, den Ertrag des Ehrschatzes so lange durch den Staat erheben und einer eignen Casse zufließen zu lassen, bis Städte, Corporationen und Partikularen daraus entschädigt seyn werden, welches nach seiner Berechnung in 8 bis 9 Jahren

geschehen könnte, indem nemlich der Staat den Ertrag seiner eignen Ehrschätze zu der angeführten Entschädigung verwenden würde. — Den Loß auf der Zehenden und Bodenzinse gegenwärtig festzusetzen, scheint dem Vf. nicht rathsam. Die Veräußerung der Nationalgüter scheint eine unvermeidliche Folge der Revolution zu seyn und ihr Ertrag wird durch dringende rückständige sowohl als laufende Bedürfnisse verschlungen werden. Durch Beybehaltung der Feodalabgaben sichert sich die Republik gewisse und unveränderliche Einkünfte von leichter Beziehungsart: wird hingegen der Loßkauf beschlossen, so ist die Folge, daß die ehemals nicht zahlten, nun zahlen, und die alte Abgaben zahlen, nun alte und neue zugleich zahlen werden: denn das Capital der Feodalabgaben wird allenfalls der Reiche, nie aber der Arme zu zahlen im Stande seyn. . . Darum — behauptet der Vf. — würde auch der Landmann bald anerkennen sehr gern Zehenden, Bodenzinse und Ehrschätze wie ehemals zahlen, wann ihm dafür die gegenwärtigen Staats-, Cantons- und Gemeindefabgaben abgenommen würden.

Der Vf. mißrath darum das System des Loßkaufs und empfiehlt ein anderes, wodurch man in ziemlich kurzer Zeit zu einer Umwandlung der Feodalabgaben in eine allgemeine Grundabgabe gelangen könne. Drey verschiedene Operationen müßten in Folge dieses Systems vorgehen. Der Grundsatz der eben angeführten Umwandlung würde beschlossen; die gegenwärtigen Abgaben würden für eine bestimmte Anzahl Jahre zu Bestreitung der Staatsbedürfnisse beygehalten; ihnen zur Seite Zehenden und Bodenzinse bezogen und ihr Ertrag in eine Tilgungscasse (caisse d'amortissement) geworfen. Der Staat würde nun aus dem Ertrag seiner Feodalgefälle diejenigen der Städte, Corporationen und Individuen an sich kaufen, welches in 6 Jahren geschehen könnte. Hernach würden aus eben diesem Ertrag und dieser Casse, alle Zehend- und Bodenzinsfreyen Güter, diesen Abgaben unterworfen — und nun wären Einheit in Perception und Imposition erhalten, die Tilgungscasse würde aufgehoben, die bisherige provisorische Grundabgabe eben so — und gleichmäßige allgemeine Grundsteuern wären an ihre so wie an die Stelle der ehemaligen ungleichen Feodalabgaben getreten. — Den Einwurf, daß unmöglich die gegenwärtigen Abgaben neben Zehenden und Bodenzinsen bezogen werden können, beantwortet der Vf. mit der bekannten Unterscheidung, zwischen Schuld und Abgabe von denen die eine die andere nicht aufheben kann.